

Frankfurter Rundschau

Startseite › Politik

„Völkerrecht erlaubt es“ – Nato-Chef und Grünen-Politiker wollen Ukraine Angriffe auf Russland erlauben

25.05.2024, 22:15 Uhr

Von: [Nils Hinsberger](#)



Noch interessant?

Ja

Nächstes Video (1s)

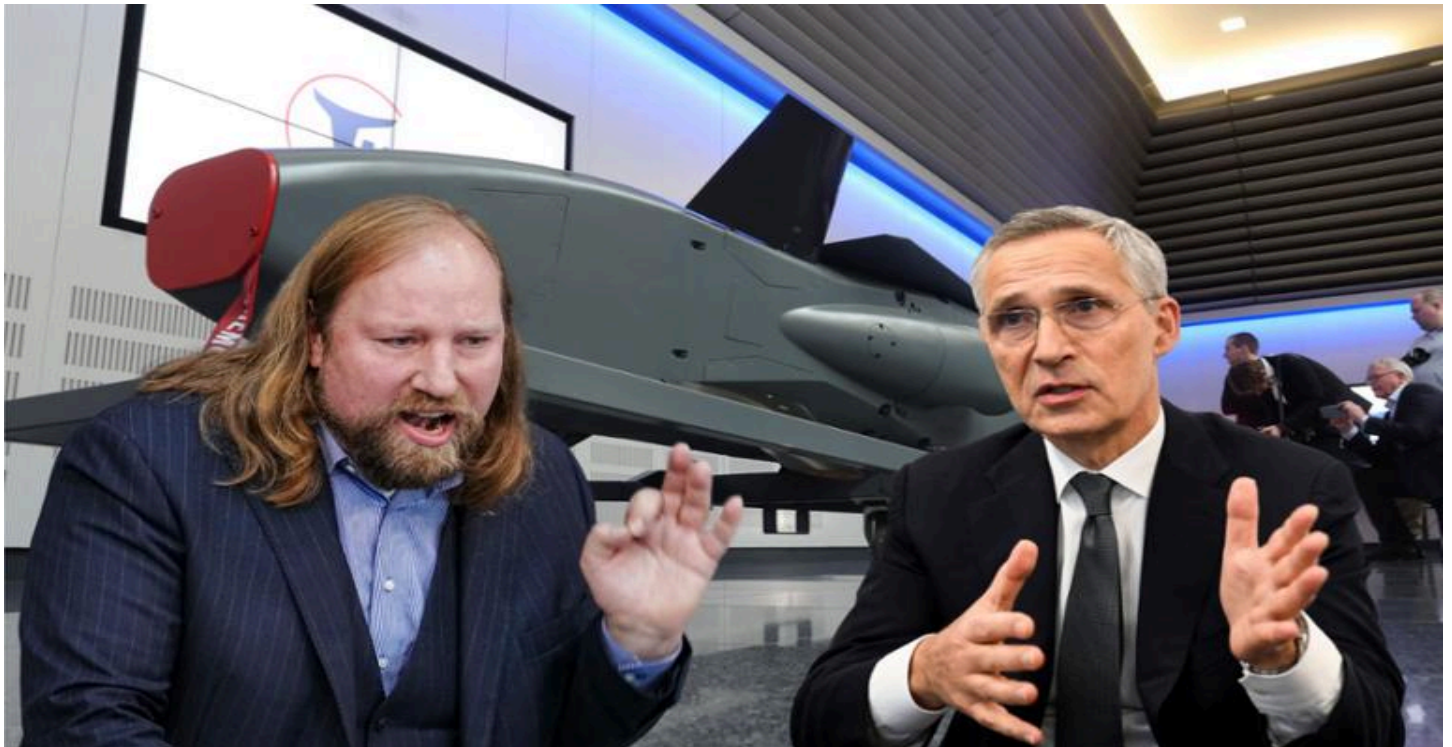
Die Verteidigung der Ukraine fällt an der Front immer schwerer. Angriffe auf russisches Territorium könnten die Situation verbessern – aber viele Staaten stellen sich quer.

Berlin – Die Angst davor, dass die Ukraine mit deutschen Waffen russisches Gebiet angreifen könnte – das nennt Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) ([SPD](#)) als Begründung dafür, [keine Taurus-Marschflugkörper](#) in den [Ukraine-Krieg](#) zu schicken. „Wir dürfen an keiner Stelle und an keinem Ort mit den Zielen, die dieses System erreicht, verknüpft sein“, so Scholz bei der *dpa*-Chefredaktionskonferenz. Denn sonst drohe eine „Kriegsbeteiligung“.

Der **Grünen** -Politiker Anton Hofreiter ist jedoch anderer Meinung. „Es geht hier um den Schutz der ukrainischen Bevölkerung“, sagte er den Zeitungen der *Funke-Mediengruppe*. Aus diesem Grund solle man die Ukraine nicht daran hindern, Russlands Kampfflugzeuge auch im russischen Luftraum zu bekämpfen. Auch **Nato**-Generalsekretär Jens Stoltenberg fordert die Bündnisländer dazu auf, Angriffe auf Russland zuzulassen.

„Es ist legal, es ist legitim“ – Hofreiter und Stoltenberg für ukrainische Angriffe auf Russland

Rein rechtlich sehe Hofreiter keine Probleme, sollte die **Ukraine** deutsche Waffen für einen Angriff auf russischem Staatsgebiet nutzen. „Das Völkerrecht erlaubt es einem angegriffenen Staat, militärische Ziele im Land des Aggressors zu attackieren“, sagte er den Zeitungen. **Russland** schrecke seinerseits nicht davor zurück, die Millionenstadt Charkiw mit massiven Luftangriffen zu attackieren.



Anton Hofreiter (l.) und Jens Stoltenberg fordern ukrainische Angriffe auf russisches Territorium zuzulassen. Rechtlich sei das abgesichert. © Karl-Josef Hildenbrand/Kay Nietfeld/Federico Gambarini/dpa (Montage)

Auch Jens Stoltenberg äußerte sich ähnlich. Er fordere die Verbündeten auf, die Einsatzbeschränkungen für Waffen gegen militärische Ziele in Russland aufzuheben. „Denn gerade jetzt, wo in Charkiw, nahe der Grenze, heftig

gekämpft wird, wird es für die Ukraine sehr schwer, sich zu verteidigen“, sagte Stoltenberg im Interview mit *The Economist*.

Der Krieg von Russlands Präsident [Wladimir Putin](#) sei ein „Krieg der Aggression“, so Stoltenberg. Die Ukraine habe das Recht, sich dagegen zu verteidigen. „Und das beinhaltet auch Angriffe auf russisches Territorium“. Staaten wie Großbritannien hätten die Beschränkungen bereits aufgehoben. „Das ist Selbstverteidigung. Selbstverteidigung ist in der [UN](#)-Charta verankert. Es ist legal, es ist legitim“, erklärt der Nato-Generalsekretär.

Selenskyj dankt Scholz – auch ohne Taurus-Lieferungen

Die Ukraine hatte Scholz bereits mehrfach um die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern gebeten. Es gebe „keine andere Möglichkeit, die russische Logistik und die Nachhut zu zerstören, also wird Taurus gebraucht“, zitiert *ZDF heute* den ukrainischen Präsidentenberater Michailo Podoljak. Es gehe nicht darum, wahllos russisches Territorium anzugreifen, sondern „die Ressourcen der Besatzer zu zerstören“.



Panzer, Drohnen, Luftabwehr: Waffen für die Ukraine



[Fotostrecke ansehen](#)

[Wolodymyr Selenskyj](#) , Präsident der Ukraine, sprach Scholz aber [trotz eines Neins zur Taurus-Lieferung seinen Dank aus](#). Mitte März sagte Selenskyj in einer Videobotschaft, dass er dankbar über die Militärhilfen Deutschlands sei, berichtete die *Deutsche Presseagentur* (dpa). Dabei handele es sich um eine vielfältige Unterstützung. Zuvor führte er mit dem Bundeskanzler ein Telefonat.

Hofreiter fordert EU-Verteidigungsfonds – 500 Milliarden für Verteidigungsstruktur

Vor dem Besuch des französischen Präsidenten, [Emmanuel Macron](#), am Sonntag, machte sich Hofreiter außerdem für einen europäischen Verteidigungsfonds stark. „Mein Vorschlag wäre ein europäischer Verteidigungsfonds, der um die 500 Milliarden Euro bereitstellt“, so Hofreiter gegenüber der *Funke-Mediengruppe*. Rüstungsprojekte, an denen mindestens drei [EU](#) -Staaten beteiligt seien, würden so zu 30 Prozent finanziert werden – „vorausgesetzt, das investierte Geld geht zu 80 Prozent an europäische Unternehmen“.

Mit den Ausgaben könne man aber nicht nur die Verteidigungssicherheit Europas sicherstellen. Auch die Infrastruktur werde verbessert.

„Funktionierende Straßen, Brücken und Schienenwege sind nicht nur wichtig fürs Pendeln, Reisen und die Wirtschaft. Sie sind eine Grundlage unserer Verteidigungsfähigkeit“, sagte Hofreiter. (nhi)

Kommentare

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir erweitern den Kommentarbereich um viele neue Funktionen. Während des Umbaus ist der Kommentarbereich leider vorübergehend geschlossen. Aber keine Sorge: In Kürze geht es wieder los – mit mehr Komfort und spannenden Diskussionen. Sie können sich aber jetzt schon auf unserer Seite mit unserem Login-Service [USER.ID kostenlos registrieren](#), um demnächst die neue Kommentarfunktion zu nutzen.